

sekretär Hu Yaobang richtete anlässlich eines Besuchs in der AR Innere Mongolei freundliche Worte an Ulan Bator. Ausführlich dazu C.a. Dezember 1985, Ü 5)

Eine wirkliche Wende aber trat erst nach der Wladiwostok-Rede des neuen sowjetischen KP-Generalsekretärs Gorbatschow vom 28. Juli 1986 ein. Dabei hatte Gorbatschow erklärt, Moskau wolle einen Teil der sowjetischen Truppen aus der Mongolei abziehen. Ulan Bator reagierte rasch auf diesen Plan und lud einen hohen Vertreter des chinesischen Außenministeriums zu einem Besuch ein. Beijing entsandte daraufhin Vize-Außenminister Liu Shuqing in die Mongolei. Schon vorher war es zur Unterzeichnung eines Kultur- und Sportaustauschabkommens gekommen. Der zweiseitige Handel allerdings hatte sich 1985 auf die bescheidene Summe von 76,5 Mio. \$ beschränkt. Im April 1986 wurde das erste langfristige Handelsabkommen für den Zeitraum 1986-1990 unterzeichnet. Diesem Abkommen zufolge wollte China Seide, Obst und Leichtindustriegüter in die Mongolei exportieren und von dort Bauholz, Leder, Geweihe und ähnliche Artikel einführen.

Kernfrage aber blieb nach wie vor der sowjetische Truppenabzug, der bekanntlich Gegenstand der "Drei grundlegenden Bedingungen" Beijings für eine Normalisierung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses war.

Bereits im Februar und Juni 1986 hatte Gorbatschow dem Wunsch nach einem Gipfeltreffen mit China Ausdruck verliehen - bekanntlich wurde diesem Vorschlag erst beim Besuch des chinesischen Außenministers im Dezember 1988 in Moskau von chinesischer Seite offiziell nähergetreten.

Schon beim Besuch Liu Shuqings Anfang August 1986 war die Frage des Truppenabzugs und der chinesisch-mongolischen Grenze angesprochen worden. Zum Zeichen des beiderseitigen guten Willens kam es damals zur Unterzeichnung eines Konsularvertrags.

Mitte Juni 1987 besuchte eine Delegation des chinesischen NVK unter der Leitung Peng Chongs erneut die MVR, wobei wieder die Grenze zur Sprache kam (XNA, 19.6.87). Bereits wenige Monate vorher, nämlich vom 19.-27. März 1987, hatte die erste Runde der

Verhandlungen über die neuen Abgrenzungsregelungen getagt (XNA, 27.3.87). Am 18. März 1987 waren in Shijiazhuang anlässlich des 66. Jahrestags der Gründung der Mongolischen Volksarmee einige mongolische Soldaten, die während des antifaschistischen Kriegs ihr Leben in China hingegeben hatten, durch eine Kranzniederlegung geehrt worden (XNA, 19.3.87).

Anlaß für die Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über Wege zur friedlichen Beilegung möglicher Streitigkeiten an der gemeinsamen Grenze war die Befürchtung, daß mit dem Abzug der sowjetischen Truppen das lange Zeit inaktuell gebliebene Thema neuer Grenzstreitigkeiten wieder auftauchen könnte.

Am 7. Dezember 1988 erklärte Gorbatschow vor der UNO, daß die Sowjetunion nicht nur einen Teil der UdSSR-Truppen aus Osteuropa, sondern darüber hinaus den größten Teil ihrer in der Mongolei stationierten Soldaten abziehen werde, wobei nicht auf Gegenleistungen anderer Mächte gewartet werde. China hatte diese Erklärung als eine positive Entwicklung begrüßt. Schon im Juli 1986 sei ein Teilabzug angekündigt worden, doch sei man in Beijing mit der Zahl der abgezogenen Truppen - ihre Gesamtzahl belief sich damals auf rd. 75.000 - nicht zufrieden gewesen. Über die zweite Abzugserklärung jedoch zeigte sich China, wie gesagt, hoch erfreut, und man glaubte chinesischerseits, wohl auch nicht zu Unrecht, einen Teil zu dieser sowjetischen Bereitschaft beigetragen zu haben, nämlich in Form des Besuchs Qian Qichens in Moskau Anfang Dezember sowie in Form der chinesisch-mongolischen Grenzvereinbarung, von der oben die Rede war.

Die Zahl der noch in der MVR stationierten sowjetischen Truppen beläuft sich vermutlich auf 50.000-60.000. Diese Einheiten werden zwar nicht vom einen auf den anderen Tag zurückgenommen, doch hat die Sowjetunion mit ihrem Rückzug aus Afghanistan bereits hoffnungsvolle Zeichen gesetzt, und man ist sich in Beijing wohl inzwischen sicher, daß sich ein analoger Vorgang nun auch in der Mongolei vollzieht.

Bereits am 3. Juli 1986 waren zwischen China und der Mongolei zwei Abkommen über den Grenzhandel geschlossen worden, die sich auf Leichtindustriegüter sowie auf Textilien bezogen. -we-

Innenpolitik

* (4)

4. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Der Ständige Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses kam vom 31. Oktober bis zum 8. November 1988 in Beijing zu seiner 4. Sitzung zusammen. Auf der Sitzung des ständigen Parlamentsorgans wurden u.a. folgende Beschlüsse gefaßt:

- Verabschiedung des Gesetzes über den Schutz wilder Tiere (yesheng dongwu baohu fa; Text in: RMRB, 9.11.88). Erstmals wurde im Zusammenhang mit der Verabschiedung eines Gesetzes ein konkretes Abstimmungsergebnis bekanntgegeben: 114 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

- Verabschiedung eines "Beschlusses des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses über die Stärkung von Demokratie und Rechtssystem und über die Wahrung von Stabilität und Einheit zur Sicherung des reibungslosen Verlaufs der Reformen und des Aufbaus" (Text in: RMRB, 9.11.88). Dieser Beschluß steht in engem Zusammenhang mit den Beschlüssen der 3. Plenartagung des XIII. ZK vom September 1988 und mit den gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen.

- Beschluß über die Veröffentlichung des Entwurfs der Verwaltungsprozeßordnung (Text des Entwurfs in: RMRB, 10.11.88). Ein abgeänderter Entwurf soll 1989 der 2. Plenartagung des VII. NVK zur Verabschiedung vorgelegt werden. -sch-

* (5)

5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. NVK

Die 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses fand vom 23. bis 29. Dezember 1988 in Beijing statt. Auf der Sitzung wurde u.a. folgende Beschlüsse gefaßt:

- Verabschiedung des Gesetzes über Normierung (biaozhunhua fa; Text in: RMRB, 31.12.88). Das konkrete Abstimmungsergebnis lautete: 116 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen (RMRB, 30.12.88).
- Verabschiedung eines Beschlusses über die Abänderung des Gesetzes über Grund- und Bodenverwaltung (tudi guanli fa; Text der Abänderungen in: RMRB, 31.12.88). Das abgeänderte Gesetz soll besser als die bisherige Fassung dazu dienen, die Umwandlung von Ackerland in Bauland u.a. zu verhindern. Nach wie vor verboten bleibt der Kauf und Verkauf des Bodens. Allerdings ist die Vergabe des Bodennutzungsrechts möglich. Hier schreibt das abgeänderte Gesetz nun vor, daß für die Nutzung von staatseigenem Boden vom Staat eine Gebühr zu erheben ist.
- Entlassung von Chen Junsheng (61) vom Posten des Generalsekretärs des Staatsrats. Chen, der diese Position seit November 1985 innegehabt hatte, soll aus Gesundheitsgründen von diesem Amt entbunden worden sein (TKP, 5.1.89). Er bleibt jedoch Staatsratskommissar.
- Ernennung des bisherigen Arbeitsminister Luo Gan (53) zum neuen Generalsekretär des Staatsrats. Luo Gan ist wie sein Vorgänger Chen Mitglied des ZK. Er verfügt aufgrund eines früheren Studienaufenthalts in der DDR über Deutschkenntnisse (ebenda). Ein Nachfolger von Luo Gan im Amt des Arbeitsministers wurde noch nicht bestimmt.
- Entlassung von Li Menghua (66) vom Amt des Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Sport und Körperkultur. Die Ablösung von Li steht möglicherweise im Zusammenhang mit dem von der chinesischen Führung offenbar als enttäuschend empfundenen Abschneiden der chinesischen Sportler bei den Olympischen Spielen in Südkorea (siehe C.a., Oktober 1988, Ü 20). Statt der angestrebten 10 Goldmedaillen hatten Chinas Athleten nur 5 mit ins Reich der Mitte bringen können.
- Ernennung von Wu Shaozu (49) zum neuen Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Sport und Körperkultur. Wu, der innerhalb der

VBA den Rang eines Generalmajors bekleidet und ZK-Mitglied ist, war bisher Politikommissar der Zentralen Rüstungskommission.

Außerdem beschäftigte sich der Ständige Ausschuß mit einem Gesetzentwurf zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten und mit einem Gesetzentwurf über die (Qualitäts-)Kontrolle von Import- und Exportwaren.

Schließlich stand ein Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Planungschefs Yao Yilin über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und über den Wirtschaftsplan für 1989 auf der Tagesordnung. Die Diskussion über den Bericht verlief angesichts der angespannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage erwartungsgemäß "lebhaft" (XNA, 30.12.88). U.a. wurde die Ansicht vertreten, daß die politische Führung das verlorene Vertrauen der Bevölkerung nur dann wiedergewinnen könne, wenn es gelänge, die Preissteigerungen und das Haushaltsdefizit erheblich niedriger als bisher zu halten. Nur so könne das Volk beruhigt werden. Auch wurde eine Verbesserung des Steuersystems gefordert: Zum einen müsse das schwerwiegende Problem der Steuerhinterziehung gelöst werden, und zum anderen müsse die Einkommensteuer entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen konsequent eingezogen werden, um der "ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums" Rechnung zu tragen (RMRB, 30.12.88). -sch-

*(6)

Neuer Parteichef der Provinz Guizhou

Zum neuen KPCh-Parteisekretär der Provinz Guizhou wurde der bisherige stellvertretende Parteisekretär der Provinz, ZK-Mitglied Liu Zhengwei, von der Parteizentrale ernannt. Liu löst Hu Jintao ab, der nach Tibet versetzt wurde. (RMRB, 30.12.88; Radio Guizhou, 9.12.88, nach SWB, 13.12.88) -sch-

*(7)

Vier KPCh-Provinzparteitage: Neue Parteichefs in Shandong und Zhejiang

Die KPCh-Organisationen in den Provinzen Hubei, Shandong und Zhejiang hielten im Dezember 1988 Provinzparteitage ab, während in Gansu bereits im November ein Provinzparteitag stattfand, auf dem ein neues KPCh-

Provinzparteikomitee gewählt wurde. Auf der Position des Provinzparteisekretärs gab es nur in Shandong und Zhejiang Veränderungen:

- In Shandong wurde der bisherige Gouverneur der Provinz, Jiang Chunyun, zum neuen Provinzparteichef gewählt. Der 58jährige gehört seit dem XIII. KPCh-Parteitag (Okt./Nov. 1987) auch dem Zentralkomitee an. Sein Vorgänger Liang Buting (67) wurde Vorsitzender der Beraterkommission der KPCh von Shandong.
- In Zhejiang wurde der frühere stellvertretende Parteisekretär der Provinz Liaoning, Li Zemin, zum neuen Provinzparteisekretär gewählt. Auch Li Zemin gehört dem ZK seit November 1987 an. Sein Vorgänger Xue Ju wurde zum Vorsitzenden der Beraterkommission der KPCh von Zhejiang gewählt.

In Gansu, Hubei und Zhejiang wurden die Provinzgouverneure jeweils zum (ersten) stellvertretenden Provinzparteisekretär gewählt. Angesichts der ungeschriebenen Regel, nach der Gouverneure gleichzeitig den Posten des (ersten) stellvertretenden Provinzparteisekretärs einnehmen, wird wahrscheinlich in Shandong Ma Zhongchen neuer Gouverneur werden: Ma, bisher stellvertretender Gouverneur und Kandidat des ZK, wurde nämlich am 25.12. zum (ersten) stellvertretenden Provinzparteisekretär gewählt. -sch-

*(8)

Hu Jintao neuer Parteichef in Tibet

Zum neuen KPCh-Parteisekretär des Autonomen Gebiets Tibet wurde von der Parteizentrale der bisherige Parteisekretär der Provinz Guizhou, Hu Jintao (45), ernannt. Hu, der dem ZK seit 1982 angehört, löste Wu Jinghua (57) ab, der als stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Nationalitätenkommission des Staatsrats nach Beijing zurückkehrte. Zusätzlich zu dieser Position, die Wu bereits zuvor innehatte, erhielt Wu, der auch Mitglied des ZK ist, den Posten eines stellvertretenden Sekretärs der KPCh-Parteioorganisation innerhalb der Zentralen Nationalitätenkommission. Offiziell wurden - wie üblich - keine Gründe für den Personalwechsel an der Spitze von Tibet genannt (RMRB, 30.12.88).

Die Hongkonger Zeitung *Ming Bao* berichtete, daß Wu Jinghua, der im Juni 1985 den Posten als Parteisekretär von Tibet angetreten hatte, hauptsächlich aus Gesundheitsgründen abberufen worden sei: Er sei bereits im Juni schwer an der Höhenkrankheit erkrankt und habe sich bis November nicht davon erholt. Während seiner Amtszeit in Tibet habe man Wu den Spitznamen "Sekretär der Lamas" gegeben, weil er sich sehr für die Umsetzung der neuen (großzügigen) Politik gegenüber der alten Oberschicht eingesetzt habe. Allerdings sei Wu bei seiner Arbeit auch auf viele Widerstände gestoßen, und einige Leute meinten, daß er auch deshalb von der Parteizentrale zurückberufen worden sei, weil man in Beijing die Ansicht vertritt, daß Wu keine geschickte Hand bei der Verwaltung von Tibet gehabt habe (*Ming Bao*, 19.12.88, nach SWB, 21.12.88).

In den vergangenen 15 Monaten war es mindestens viermal zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen chinesischen Sicherheitskräften und Tibetern in Lhasa gekommen - zuletzt am 10. Dezember 1988. Die Entscheidung der Parteizentrale, Wu Jinghua abzulösen, war jedoch schon vor diesen letzten Unruhen getroffen worden (*Radio Guizhou*, 9.12.88, nach SWB, 13.12.88) -sch-

* (9) Erneut Unruhen in Tibet

Am 10. Dezember 1988 kam es in Lhasa erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen von tibetischen Mönchen angeführten Tibetern und chinesischen Sicherheitskräften. Dabei wurden mindestens ein Mönch von einer Kugel getötet, zwei Personen schwer verletzt und weitere elf Personen leicht verwundet. Unter den Leichtverletzten befand sich auch eine Holländerin, die sich 1988 bereits zum dritten Mal als Touristin in Tibet aufgehalten und am Tag der Unruhen in der Nähe der Demonstranten gewesen sein soll (*AW*, 23.12.88, S. 32; *XNA*, 12.12.88).

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums beschuldigte die Frau, daß sie mit den Unruhestiftern gemeinsame Sache gemacht habe. Außerdem habe sie unerlaubterweise das Buch des Dalai Lama mit dem Titel "Mein Land und mein Volk" in tibetischer Sprache eingeführt. Trotzdem

habe die chinesische Regierung der Holländerin "erlaubt", so schnell wie möglich Tibet zu verlassen (*XNA*, 15.12.88; *SWB*, 16.12.88). Bereits am 27. September und 1. Oktober 1987 sowie am 5. März 1988 war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Tibetern, die die Unabhängigkeit Tibets forderten, und chinesischen Ordnungskräften gekommen.

Am 12. Dezember 1988 fand in Lhasa eine weitere Protestkundgebung statt, über die die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua jedoch nicht berichtete (*Radio Tibet*, 16.12.88, nach *SWB*, 20.12.88).

Am 18. Dezember 1988 demonstrieren rund 70 tibetische Studenten des Instituts für nationale Minderheiten in Beijing auf dem Tiananmen-Platz und auf der Chang'an-Straße gegen die Tötung von Landsleuten in Tibet und für die Beachtung der Menschenrechte "überall auf der Welt" (*Le Monde*, 20.12.88). Die friedlich verlaufene Demonstration wurde beendet, nachdem die Institutsleitung die Studenten zur Aufgabe "überredet" hatte (*Zhongguo Xinwen She*, 18.12.88, nach *SWB*, 21.12.88). Zuvor hatten Polizeikräfte die Studenten davon abgehalten, länger auf dem Tiananmen-Platz zu demonstrieren, da dort Demonstrationen mittlerweile grundsätzlich verboten sind und außerdem die Demonstration nicht angemeldet worden war. Die Polizei nahm den Studenten Fahnen und Spruchbänder ab (ebenda). Es war das erste Mal, daß tibetische Studenten des Instituts für nationale Minderheiten, an dem nur handverlesene junge Menschen von verschiedenen in China lebenden Nationalitäten studieren dürfen, für ihre Landsleute in Tibet demonstrieren. -sch-

* (10) Aktuelle Zahlenangaben zu den öffentlichen Verwaltungseinheiten

Nach Angaben des Ministeriums für Zivilverwaltung sah die Verwaltungsgliederung der Volksrepublik China bis hinunter zur Kreisebene Ende 1988 wie folgt aus (Angaben für Ende 1987 in Klammern):

- 31 (30) Verwaltungseinheiten auf Provinzebene:
- 3 provinzfremde Städte,
- 23 (22) Provinzen, inkl. Taiwan,
- 5 Autonome Gebiete.

334 (326) Verwaltungseinheiten auf Bezirksebene:

- 183 (170) bezirkfreie Städte,
- 151 (156) Bezirke.

2.828 (2.826) Verwaltungseinheiten auf Kreisebene:

- 248 (208) kreisfreie Städte,
- 644 (632) Stadtbezirke,
- 1.936 (1.986) Kreise u.ä.

Auffällig ist die schon seit mehreren Jahren zu beobachtende Zunahme der kreis- und der bezirkfreien Städte: Ende 1982 hatte es nur 109 bezirkfreie und 133 kreisfreie Städte gegeben. (*RMRB*, 30.12.88 u.a.) -sch-

* (11) Zunahme von Demonstrationen, Streiks und lokalen Unruhen

Die große Unzufriedenheit unter der Bevölkerung über Inflation und Preissteigerungen und über die illegale Bereicherung vieler Funktionäre und ihrer Familienangehörigen hat 1988 offenbar auch zu einem erheblichen Anstieg der Demonstrations- und Streikbereitschaft geführt. Hierfür einige Beispiele:

- Allein von Januar bis Juni 1988 sollen über 1.000 Anträge auf Genehmigung einer Demonstration gestellt worden sein, berichtete die Hongkonger Zeitung *Ming Bao* am 28. Oktober unter Berufung auf "regierungsnahe Quellen" (nach *SWB*, 5.11.88).

- Über 50 Streiks sollen allein in den ersten neun Monaten des Jahres 1988 stattgefunden haben, berichtete der Beijinger Korrespondent der *Washington Post*, Daniel Southerland, unter Berufung auf Gewerkschaftsfunktionäre (*IHT*, 29./30.10.88).

- Die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* gab in Beijing umlaufende Gerüchte wieder, denen zufolge es auf dem Ölfeld von Daqing, in dem Zinnbergwerk von Gejiu in der Provinz Yunnan sowie in dem großen Traktorenwerk von Luoyang zu Streiks gekommen sei. In Daqing habe sich die Situation nach der Festnahme eines Arbeiters derart zugespitzt, daß VBA-Einheiten nach Daqing beordert worden seien und das Ölfeld zeitweilig unter Militärverwaltung gestellt worden sei. (*Zhengming*, Januar 1989, S. 15)

Nicht nur in den Städten und unter der Industriearbeiterschaft scheint die Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung zur Anwendung von mehr oder weniger illegalen Protestformen gestiegen zu sein. Auch im landwirtschaftlichen Bereich kam es zu einigen gewalttätigen Zwischenfällen größeren Ausmaßes:

- In der Provinz Hunan verletzten im Mai 1988 aufgebrachte Bauern 17 Polizisten, als sie ein Gerichtsgebäude stürmten, um gegen ein angebliches Fehlurteil zu protestieren (The Straits Times, Singapur, 7.6.88).
- Einen ähnlichen Hintergrund hatte die völlige Zerstörung einer Polizeidienststelle in der Stadt Jiayi in der Provinz Guangdong (ebenda).
- Über 1.000 Bauern verwüsteten im August in der Kleinstadt Shouning in der Provinz Fujian ein Polizeirevier, weil Ordnungshüter eine traditionelle Prozession verhindern wollten, in deren Verlauf eine (wahrscheinlich daoistische) Gottheit in einen Tempel gebracht werden sollte (The Straits Times, 30.8.88).
- Am 24. November bekämpften sich in der Provinz Zhejiang 400 Bauern im Rahmen einer traditionellen Fehde zweier Familienclans - das Dorf des Sun-Clans gegen das Dorf des Huang-Clans - mit selbstgefertigten Gewehren und Kanonen. Dabei starb ein Bauer und 20 weitere wurden verletzt. (Yancheng Wambao, Guangzhou, 28.11.88, nach SWB, 3.12.88)
- Die wahrscheinlich schwersten Auseinandersetzungen ereigneten sich am 21. Juni 1988 nur etwa 80 km südwestlich von Beijing, als rund 1.000 Bauern im Bezirk Fangshan gegen die Verschmutzung ihrer Gewässer durch eine nahegelegene petrochemische Fabrik protestierten. Bei dem Vorgehen der Polizei gegen die aufgebrachten Bauern sollen nach nichtoffiziellen Augenzeugenberichten drei Bauern getötet und mehrere Dutzend verletzt worden sein. Der Parteisekretär des zur provinzfürstlichen Stadt Beijing gehörenden Bezirks Fangshan, Wang Zuosheng, bestritt, daß es Tote, Verletzte oder Verhaftete gegeben habe. (AWSJ, 29.6.88; AW, 15.7.88, S. 23)

Schließlich kam es 1988 in Tibet und Xinjiang zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen dort lebenden Angehörigen der nationalen Minderheiten und chinesischen Ordnungskräften. -sch-

Kultur

* (12)

Kulturminister Wang Meng fordert Schutz für die "Verbotene Stadt"

In einem Interview mit der *Guangming-Zeitung* äußerte sich Kulturminister Wang Meng besorgt über den langsamen, doch stetigen Verfall der "Verbotenen Stadt" in Beijing. Diese einzigartige Palastanlage, die in der Vergangenheit den 24 Kaisern der Ming- und Qing-Dynastie als Residenz diente, biete den Besuchern Gelegenheit, sich einen lebendigen Eindruck von der traditionellen chinesischen Geschichte und Kultur zu verschaffen. Wang Meng erinnerte daran, daß die "Verbotene Stadt" ein staatliches Museum und nicht irgendein beliebiger Ausflugsort sei.

Von Atmosphäre, so fuhr der Minister fort, sei heute dort nichts mehr zu spüren. Horden von Touristen - in den Sommermonaten zähle man an die 100.000 Besucher pro Tag - wanderten ziellos in den Anlagen umher. Da es an wirksamen Schutzmaßnahmen fehle, würden alte Bäume zerstört und unerwünschte Relikte beschädigt.

Wang Meng forderte, die Verwaltung der "Verbotenen Stadt" zu verbessern, und schlug folgenden Maßnahmenkatalog vor:

- Beschränkung der Besucherzahlen;
- Aufteilung des Palastkomplexes in einzelne Besichtigungszonen, für die jeweils gesondert Eintritt gezahlt werden müsse;
- Anhebung der Eintrittsgebühren und Verbesserung des Service;
- strenge Kontrolle der Anzahl zugelassener Souvenir-Stände, Buden mit Erfrischungsgetränken und sonstiger kommerzieller Verkäufer.

Diese Maßnahmen müßten im Detail noch diskutiert werden, doch seien rasche Schritte erforderlich, um die "Verbotene Stadt", Chinas berühmtestes Symbol kaiserlicher Prachtentfaltung, zu retten (GMRB, 5.12.88). -cre-

* (13)

Gesundheitsministerium erläßt Verhaltenskodex für medizinisches Personal

Einem Bericht der *Volkszeitung* zufolge hat das Gesundheitsministerium nach einjährigen Untersuchungen einen vorläufigen Verhaltenskodex für Ärzte und Pflegepersonal erlassen. Damit reagiere das Ministerium auf die in den letzten Jahren sich häufenden Klagen von Patienten über mangelhaften medizinischen Service.

Der Kodex definiert die Aufgaben der Mediziner, Krankenschwestern und Krankenpfleger wie folgt: Heilung der Kranken, Rettung der Sterbenden, Respektierung der menschlichen Würde und Rechte, Praktizierung sozialistischer Humanität. Weiter heißt es, daß alle Patienten gleich behandelt werden müßten, ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Geschlechts, ihres Berufs, ihres Status und der Höhe ihres Einkommens. Die Ärzte und das Pflegepersonal sollten auf ihr Benehmen und ihre Sprache achten, den Patienten höflich begegnen, ihnen Mitgefühl und Interesse zeigen. Sie sollten die Gesetze beachten und nicht versuchen, aus ihrer Stellung persönliche Vorteile zu ziehen. Sie dürften nicht über die Privatangelegenheiten ihrer Patienten sprechen. Außerdem werden sie angehalten, sich stets um die Erweiterung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten zu bemühen.

Das Gesundheitsministerium forderte alle medizinischen Institutionen auf, für die Einhaltung dieser Regeln Sorge zu tragen. Das Verhalten eines jeden Angestellten sollte in den Akten festgehalten werden und über künftige Beförderungen und Gehaltserhöhungen entscheiden. Dies werde ganz entscheidend zur Verbesserung des medizinischen Service beitragen (RMRB, 27.12.88). -cre-

* (14)

Gewerkschaft fordert Gesetz zum Schutz der Lehrer

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Lehrer, Li Xingwan, machte auf die Zunahme von Überfällen auf Schulen aufmerksam. Im ganzen Land würden Lehrer mißhandelt, schwer verletzt, sogar getötet. So seien erst kürzlich in der Provinz Anhui "gesetzlose Elemente" in eine Grundschule eingebrochen und hätten den Direktor zu Tode ge-